

Exposé

zum Dissertationsvorhaben mit dem Arbeitstitel

## **Die Nostrifizierung im Fachhochschulrecht**

Verfasser

Mag. Michael Fritthum

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. iur.)

Betreuerin

ao. Univ.-Prof. Dr. Bettina Perthold-Stoitzner

Wien, November 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 783 101

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Rechtswissenschaften

## Inhaltsverzeichnis

I.	EINLEITUNG	3
	A. Ausgangssituation	3
	B. Problemstellung	5
II.	FORSCHUNGSFRAGE	7
III.	ZIEL UND GANG DER UNTERSUCHUNG	7
IV.	VORLÄUFIGES INHALTSVERZEICHNIS	9
V.	VORLÄUFIGER ZEITPLAN	14
VI.	QUELLENVERZEICHNIS	14
	A. Rechtsquellen (Auswahl)	14
	B. Gesetzesmaterialien (Auswahl)	18
	C. Rechtsprechung (Auswahl)	19
	D. Ministerielle Stellungnahmen, Erlässe und Empfehlungen (Auswahl)	20
	E. Empfehlungen des Europarates	21
	F. Internetlinks (Auswahl) – Stand 02.07.2017	21
	G. Literatur (Auswahl)	22

## I. Einleitung

### A. Ausgangssituation

Anerkennungsrechtliche Bestimmungen stellen neben aufenthalts- und ausländerbeschäftigungsrechtlichen Fragestellungen einen grundsätzlich eigenständig zu beurteilenden, praktisch für den Berufszugang von Personen mit nicht-österreichischen Bildungsabschlüssen sehr relevanten Regelungskomplex dar. Ohne die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen bleibt diesen Personen der Zugang zu gesetzlich reglementierten Berufen oder zu manchen weiterführenden Ausbildungen in Österreich verwehrt. Da die Zuständigkeiten, Antragsvoraussetzungen und Rechtsfolgen jeweils unterschiedliche sind, ist es essentiell, verschiedene Anerkennungsregime voneinander abzugrenzen und das für den jeweils konkreten Fall anwendbare zu bestimmen.

Eine Nostrifizierung, also die Anerkennung eines ausländischen Studienabschlusses als Abschluss eines inländischen Studiums<sup>1</sup>, an einer Fachhochschule ist – wie auch an einer Universität oder Pädagogischen Hochschule – nur dann möglich und zulässig, wenn sie zwingend für die Ausübung eines (reglementierten) Berufs oder die Fortsetzung der Ausbildung der antragstellenden Person in Österreich erforderlich ist.<sup>2</sup> Den einschlägigen Gesetzesmaterialien<sup>3</sup> zufolge ist die Nostrifizierung demgegenüber nicht zwingend erforderlich, wenn andere Rechtsinstitute den Berufszugang oder die Fortsetzung der Ausbildung ermöglichen.<sup>4</sup> Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Anerkennung von Studienabschlüssen auf Grund völkerrechtlicher Abkommen<sup>5</sup> sowie vor allem unionsrechtliche Anerkennungsbestimmungen<sup>6</sup> und die entsprechend ausgestalteten nationalen Regelungen.<sup>7</sup>

Beispielsweise kann (unter Berücksichtigung des Abschlussdatums) ein slowenischer Studienabschluss aus Physiotherapie<sup>8</sup> – auf Grund der EU-Mitgliedschaft Sloweniens – einer EWR-Berufsanerkennung gemäß Richtlinie 2005/36/EG in Verbindung mit den §§ 6b ff MTD-Gesetz zugänglich sein. Eine Nostrifizierung an einer österreichischen Fachhochschule käme deshalb

---

<sup>1</sup> Vgl § 51 Abs 2 Z 28 UG. Die Nostrifizierung führt zur völligen Gleichstellung mit dem entsprechenden inländischen Studienabschluss. Damit verbunden ist die Berechtigung zur Führung des diesbezüglichen österreichischen akademischen Grades sowie zur Ausübung eines Berufes in Österreich, welcher einen derartigen Studienabschluss voraussetzt. Vgl Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Info 6: Nostrifizierung ausländischer Studienabschlüsse, 1 (abrufbar unter <<https://wissenschaft.bmwf.gv.at/bmwf/studium/academic-mobility/enic-naric-austria/faq/>>, Stand: 06.07.2017).

<sup>2</sup> § 90 Abs 1 UG, § 68 Abs 1 HG, § 6 Abs 7 FHStG.

<sup>3</sup> ErläutRV 588 BlgNR XX. GP 101; ErläutRV 1997 BlgNR XX. GP 16; IA 731/A AB 1146 BlgNR XX. GP 2; ErläutRV 976 BlgNR XXI. GP 8.

<sup>4</sup> Hauser, Fachhochschul-Studiengesetz<sup>7</sup>, § 6 Anm 42; BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur, GZ 53870/5-VII/11/2003 vom 20.09.2003 „Nostrifizierung eines ausländischen akademischen Grades bzw. Studienabschlusses, Voraussetzungen, Rechtsauskunft“.

<sup>5</sup> Bosnien und Herzegowina (BGBl 428/1980), Mazedonien (BGBl 428/1980, BGBl III 92/1997), Kroatien (BGBl 428/1980, BGBl 474/1996), Montenegro (BGBl 428/1980, BGBl III 124/2007), Serbien (BGBl 428/1980, BGBl III 156/1997), Slowenien (BGBl 428/1980, BGBl 714/1993) Kosovo (BGBl 428/1980, BGBl III 147/2010), Italien (ua BGBl III 177/2008), Liechtenstein (BGBl III 176/1997), Heiliger Stuhl (BGBl II 2/1934).

<sup>6</sup> Insbesondere die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl 2005 L 255/22.

<sup>7</sup> Im FH-Sektor etwa die Berufsgesetze nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe (MTD-Gesetz, HebG und GuKG).

<sup>8</sup> Beispiel von <[www.anabin.kmk.org](http://www.anabin.kmk.org)> (Stand: 17.06.2017): Slowenien, Univerza v Ljubljani - Zdravstvena fakulteta (Universität in Ljubljana – Gesundheitshochschule), Studienrichtung „fizioterapija“ (Physiotherapie), Abschluss „diplomirani fizioterapevt“ („diplomierter Physiotherapeut“), dreijährige Dauer.

mangels der von § 6 Abs 7 FHStG geforderten zwingenden Erforderlichkeit selbiger nicht in Frage. Die Anerkennung eines physiotherapeutischen Studienabschlusses aus anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, welche nicht EU-Mitglieder sind, wie Bosnien oder Serbien<sup>9</sup>, wäre jedoch im Wege einer Nostrifizierung möglich, da das EWR-Berufsanerkennungsregime in diesen Fällen grundsätzlich nicht anwendbar ist. Diese Unterscheidung ist somit insbesondere für die Behördenzuständigkeit und den gesetzlichen Richter<sup>10</sup> relevant: Für EWR-Anerkennungsverfahren bei Berufen des gehobenen medizinisch-technischen Dienstes<sup>11</sup> ist der/die Bundesminister/in für Gesundheit<sup>12</sup>, für Nostrifizierungsverfahren das Kollegium der angerufenen Fachhochschule zuständig.<sup>13</sup>

Trotz dieses subsidiären Anwendungsbereichs kann mE dennoch angenommen werden, dass auf Grund der in den letzten Jahren verstärkten Zuwanderung und Flucht von Menschen mit in Drittstaaten absolvierten Studien nach Österreich die Zahl der Nostrifizierungsverfahren an allen österreichischen postsekundären Bildungseinrichtungen<sup>14</sup> künftig nicht abnehmen, sondern eher steigen wird.<sup>15</sup> An Fachhochschulen im Besonderen lässt zusätzlich die fortgesetzte gesetzliche Entwicklung, der zufolge die Einrichtung von Studien, welche den Zugang zu reglementierten Berufen

---

<sup>9</sup> Beispiele von <[www.anabin.kmk.org](http://www.anabin.kmk.org)> (Stand: 17.06.2017): Bosnien, Univerzitet u Sarajevu – Fakultet zdravstvenih studija (Universität in Sarajevo – Fakultät der Gesundheitsstudien), Studienrichtung „fizioterapija“ (Physiotherapie), Abschluss „diplomirani fizioterapeut“, 1. Bologna-Ebene, 4 Jahre, diplomierter Physiotherapeut; Serbien, Visoka zdravstvena skola strukovnih studija u Beogradu (Hochschule für medizinische Fachstudien in Belgrad), Studienrichtung „fizioterapija“ (Physiotherapie), Abschluss „strukovni fizioterapeut“ (fachlicher Physiotherapeut), sechs Semester Regelstudienzeit.

<sup>10</sup> Vgl etwa Kolonovits/Muzak/Stöger, Grundriss des österreichischen Verwaltungsverfahrensrechts<sup>10</sup> (2014), 33.

<sup>11</sup> § 1 Z 1 – 7 MTD-Gesetz: physiotherapeutischer Dienst, medizinisch-technischer Laboratoriumsdienst, radiologisch-technischer Dienst, Diätendienst und ernährungsmedizinischer Beratungsdienst, ergotherapeutischer Dienst, logopädisch-phoniatrisch-audiologischer Dienst, orthoptischer Dienst.

<sup>12</sup> Vgl § 6b Abs 1 und Abs 2 MTD-Gesetz sowie Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, Information betreffend Anerkennung in einem gehobenen medizinisch-technischen Dienst, <[https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/7/6/5/CH1207/CMS1291218562917/anerkennung\\_gehobene\\_m\\_edizinisch-technische\\_dienste.pdf](https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/7/6/5/CH1207/CMS1291218562917/anerkennung_gehobene_m_edizinisch-technische_dienste.pdf)> (Stand 5. Juli 2016, abgerufen am 17.06.2017). In EWR-Anerkennungsverfahren sind die Fachhochschulen dergestalt involviert, als dass sie die von der/vom BMG den antragstellenden Personen vorgeschriebenen Anpassungslehrgänge oder Ergänzungsprüfungen durchzuführen haben (vgl §§ 6b ff MTD-Gesetz). Behördenfunktion kommt ihnen jedoch nicht zu.

<sup>13</sup> Vgl <[https://www.bmgf.gv.at/home/Gesundheit/Berufe/Anerkennung/Informationen/zur\\_Nostrifikation](https://www.bmgf.gv.at/home/Gesundheit/Berufe/Anerkennung/Informationen/zur_Nostrifikation)> (Stand: 17.06.2017). Ob künftig etwa auch britische Studienabschlüsse (wieder) einer Nostrifizierung bedürfen oder ob weiterhin eine EWR-Berufsanerkennung möglich sein wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar.

<sup>14</sup> Universitäten gemäß UG, Pädagogische Hochschulen gemäß HG und Fachhochschulen gemäß FHStG. Ausgenommen sind wohl – mangels gesetzlicher Ermächtigung zur Führung von Nostrifizierungsverfahren – Privatuniversitäten gemäß PUG (Vgl aber Kasparovsky/Wadsack, Prüfungs- und Diplomanerkennung, 127).

<sup>15</sup> Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Fact Sheet, Aktuelles zu Migration und Integration, 08 Internationale Studierende in Österreich, 6: „Das Nationale Informationszentrum für akademische Anerkennung ENIC NARIC Austria bewertet im Ausland erworbene Hochschuldiplome. 2013 wurden insgesamt 2.343 Bewertungen durchgeführt, 2012 waren es mit 2.665 noch etwas mehr und 2011 mit 1.713 Bewertungen deutlich weniger. Im vergangenen Jahr waren Rumänien (213), Bosnien-Herzegowina (190), die Russische Föderation (175), Slowakei (169) sowie Ungarn (165) als Herkunftsländer der Diplomahaber/innen am häufigsten vertreten. Ebenso überdurchschnittlich oft vertreten sind serbische, polnische, türkische, ägyptische und bulgarische Absolventen und Absolventinnen. Unabhängig von diesen Zahlen zu betrachten sind die Nostrifizierungen bzw. Umwandlungen ausländischer Studienabschlüsse in inländische Abschlüsse an österreichischen Hochschulen. Zu diesen existieren laut ENIC NARIC Austria keine aktuellen Daten. Die letzte von ihnen durchgeführte Umfrage an österreichischen Universitäten und Fachhochschulen ergab für das Jahr 2010 rund 250 abgeschlossene Nostrifizierungen.“. Zur Anzahl der Nostrifizierungsverfahren vgl auch die Anfragebeantwortung 19/AB XXV. GP durch den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer der Anfrage (119/J) der Abgeordneten Dr. Jessi Lintl, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz betreffend "Berücksichtigung der Qualifikation von Migrant/innen", abrufbar unter <[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB\\_00019/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_00019/index.shtml)> (Stand: 05.06.2017).

(Gesundheitsberufe<sup>16</sup>, Soziale Arbeit<sup>17</sup>, wirtschaftliche<sup>18</sup> und technische<sup>19</sup> Berufe) eröffnen, ermöglicht wird, auch eine Zunahme der Nostrifizierungsverfahren erwarten.

Klare, zu raschen Verfahren beitragende gesetzliche Vorgaben sind dabei im Interesse der Fachhochschulen als vollziehende Stellen, der österreichischen Volkswirtschaft und nicht zuletzt natürlich der Antragsteller/innen gelegen, da diese in Österreich schneller in ihren erlernten Berufen tätig werden können.<sup>20</sup>

## B. Problemstellung

Verglichen mit den Nostrifizierungsbestimmungen des außer Kraft getretenen AHStG, BGBl 177/1966, (§ 40) weisen jene des UG, des HG und des FHStG<sup>21</sup> einen relativ knappen Regelungsumfang auf. Im Unterschied zu UG (§ 90 Abs 1 Satz 1) und HG (§ 68 Abs 1) sieht das FHStG auch keine ausdrückliche Ermächtigung vor, Näheres per Verordnung festzulegen. Diese Konstellation hat einen Auslegungsspielraum zur Folge, der in der Praxis<sup>22</sup> eine Ursache für eine zwischen den einzelnen Fachhochschulen unterschiedliche Verfahrensführung sein kann und mit folgendem Beispiel illustriert werden soll:

Das Kollegium hat gemäß § 6 Abs 6 FHStG zu prüfen, ob das ausländische Studium der Antragstellerin oder des Antragstellers hinsichtlich der Anforderungen, des Gesamtumfanges sowie der Studieninhalte so aufgebaut ist, dass es mit dem im Antrag genannten inländischen Fachhochschul-Studiengang als gleichwertig anzusehen ist. Sofern die Gleichwertigkeit grundsätzlich gegeben ist und nur einzelne Ergänzungen auf die volle Gleichwertigkeit fehlen, haben die antragstellenden Personen das Recht, diese vom Kollegium bekanntgegebenen Lehrveranstaltungen und Prüfungen als außerordentliche Studierende zu absolvieren.

---

<sup>16</sup> Gesundheits- und Krankenpflege: BGBl I 6/2004, BGBl I 57/2008, BGBl I 75/2016; Medizinisch-Technische Dienste und Hebammen: BGBl I 70/2005, BGBl I 57/2008.

<sup>17</sup> Soziale Arbeit/Sozialakademien: BGBl I 91/2005; Kinder- und Jugendhilfegesetze (Bund, Länder): B-KJHG 2013 BGBl I 69/2013, BglD KJHG LGBl 62/2013, K-KJHG 83/2013, NÖ KJHG LGBl 9270-0, Oö KJHG 2014 LGBl 30/2014, S KJHG LGBl 32/2015, StKJHG LGBl 138/2013, TKJHG LGBl 150/2013, VlbG KJH-G LGBl 29/2013, WKJHG 2013 LGBl 51/2013.

<sup>18</sup> § 14 Abs 1 Z 1 lit a) Wirtschaftstreuhandberufsgesetz BGBl 58/1999, ErläutRV 1273 BlgNR XX. GP 70; § 136 Gewerbeordnung iVm § 1 Abs 1 Z 3 lit a) Unternehmensberatungs-Verordnung BGBl II 94/2003.

<sup>19</sup> § 3 Z 4 Ziviltechnikergesetz BGBl 156/1994 idF BGBl 137/2005, ErläutRV 1090 BlgNR XXII. GP 3; § 18 Gewerbeordnung iVm § 1 Abs 1 Z 1 lit a) Baumeister-Verordnung BGBl II 30/2003.

<sup>20</sup> Vgl zum Thema mwN ErläutRV 1084 BlgNR XXV. GP 1.

<sup>21</sup> § 6 Abs 6 FHStG BGBl 340/1993 idF BGBl I 74/2011: "Über einen Antrag auf Nostrifizierung eines an einer ausländischen Fachhochschule erworbenen Grades entscheidet das Kollegium der Einrichtung, an die der Antrag gestellt wird und die den entsprechenden Studiengang durchführt. Das Kollegium hat zu prüfen, ob das ausländische Studium der Antragstellerin oder des Antragstellers hinsichtlich der Anforderungen, des Gesamtumfanges sowie der Studieninhalte so aufgebaut ist, dass es mit dem im Antrag genannten inländischen Fachhochschul-Studiengang als gleichwertig anzusehen ist. Sofern die Gleichwertigkeit grundsätzlich gegeben ist und nur einzelne Ergänzungen auf die volle Gleichwertigkeit fehlen, haben die antragstellenden Personen das Recht, diese vom Kollegium bekanntgegebenen Lehrveranstaltungen und Prüfungen als außerordentliche Studierende zu absolvieren."; § 6 Abs 7 FHStG BGBl 340/1993 idF BGBl I 74/2011: "Die Antragstellung auf Nostrifizierung eines an einer ausländischen Fachhochschule erworbenen akademischen Grades setzt den Nachweis voraus, dass die Nostrifizierung zwingend für die Berufsausübung oder für die Fortsetzung der Ausbildung der Antragstellerin oder des Antragstellers in Österreich erforderlich ist. Es ist unzulässig, denselben Nostrifizierungsantrag gleichzeitig oder nach der Zurückziehung bei anderen Kollegien einzubringen."

<sup>22</sup> Die Regelungs-Praxis an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen soll anhand einer empirischen Erhebung in die Untersuchung mit einbezogen werden. Vgl diesbezüglich das Verzeichnis VI. F.

Das FHStG schweigt über die konkrete Form der Bekanntgabe von auf die volle Gleichwertigkeit fehlenden und zu absolvierenden Ergänzungen.<sup>23</sup> Ob dieser Akt privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Natur ist, etwa eine (bloße) Mitteilung<sup>24</sup>, ein Feststellungsbescheid<sup>25</sup> oder ein bedingter Rechtsgestaltungsbescheid<sup>26</sup>, lässt das Gesetz offen.

Die Formulierung des § 5 Abs 4 FHStG idF BGBl 340/1993 war an § 40 Abs 5 AHStG BGBl 177/1966 idF BGBl 306/1992 angelehnt, der eine bloße Mitteilung der Ergänzungen<sup>27</sup>, keinen Bescheid, für die Bekanntgabe vorsah. Gegen diese Mitteilung konnte kein Rechtsmittel erhoben werden. Standen alle Voraussetzungen, entweder von vornherein oder nach Durchführung von Ergänzungen, für eine volle Gleichwertigkeit fest, war die Gleichwertigkeit mit dem entsprechenden österreichischen Studienabschluss mittels Rechtsgestaltungsbescheides festzulegen.<sup>28</sup>

Das dem FHStG bei dessen Novellen BGBl I 72/1998 und BGBl I 58/2002<sup>29</sup> (in anderen Zusammenhängen als der Bekanntgabe der Ergänzungen) als Vorbild dienende UniStG BGBl I 48/1997 normierte demgegenüber eine bescheidmäßige Vorschreibung der Ergänzungen. Nach deren positiver Absolvierung war ein entsprechender rechtsgestaltender Nostrifizierungsbescheid zu erlassen.<sup>30</sup> Seit BGBl I 129/2017 ist diese Vorgehensweise auch im UG (§ 90 Abs 4) und im HG (§ 68 Abs 4) gesetzlich verankert.<sup>31</sup>

Gemäß § 6 Abs 6 MTD-Gesetz BGBl 460/1992 idF BGBl I 327/1996 wurden demgegenüber seitens des Gesundheitsministers/der Gesundheitsministerin per Bescheid Ergänzungsprüfungen und/oder Praktika als Bedingungen auferlegt, sofern die Gleichwertigkeit nicht zur Gänze vorlag. Die Erfüllung dieser auferlegten Bedingungen war vom Landeshauptmann einzutragen, woraufhin die Berechtigung zur Berufsausübung entstand.<sup>32</sup> Ein eigener Bescheid war nicht zu erlassen.

Die Beantwortung der Frage, in welcher Form die zu absolvierenden Ergänzungen seitens des Kollegiums bekanntzugeben sind, hat somit ua Auswirkungen

- auf die Anzahl der zu erlassenden Bescheide und den damit einhergehenden verwaltungsrechtlichen Rechtsschutz der Nostrifizierungswerber/innen,
- uU auf den Bestand des privatrechtlichen Ausbildungsverhältnisses, in dessen Rahmen die bekanntgegebenen Ergänzungen zu absolvieren sind, und den entsprechenden Rechtsschutz vor den ordentlichen Gerichten,
- auf die Form der Beendigung des verwaltungsverfahrenrechtlichen Nostrifizierungsverfahrens und

---

<sup>23</sup> Vgl § 6 Abs 6 Satz 3 FHStG.

<sup>24</sup> Vgl § 40 Abs 5 AHStG BGBl 177/1966 idF BGBl 306/1992.

<sup>25</sup> Vgl § 71 Abs 2 UniStG BGBl I 48/1997.

<sup>26</sup> Vgl Berufsgesetze nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe (§§ 31 ff GukG, § 17 MABG, §§ 19 ff SanG, §§ 12 ff KTG, §§ 11 ff MMHmG), früher etwa auch § 6 Abs 6 MTD-Gesetz BGBl 460/1992 idF BGBl I 327/1996.

<sup>27</sup> Vgl zuletzt zur Qualifizierung einer „Bestätigung“ gemäß § 27 HS-QSG als Bescheid BVwG 17.01.2017, W227 2121937-1.

<sup>28</sup> ErläutRV 455 BlgNR XVIII. GP 21.

<sup>29</sup> IA 731/A AB 1146 BlgNR XX. GP 2; ErläutRV 976 BlgNR XX. GP 4.

<sup>30</sup> ErläutRV 588 BlgNR XX. GP 102.

<sup>31</sup> Vgl diesbezüglich IA 2235/A AB 1705 BlgNR XXV. GP 58. Vor der UG-Novelle BGBl I 129/2017 war in manchen universitären Satzungen (Verordnungen) eine am UniStG orientierte, bescheidmäßige Vorschreibung der Ergänzungen normiert (Vgl zB § 25 Abs 2 Satzung der Technischen Universität Wien idF Mitteilungsblatt 2011, 7. Stück, Nr. 60).

<sup>32</sup> Ähnlich §§ 13, 14 Abs 6, 15 Abs 3 HebG BGBl 310/1994 idF BGBl 57/2008.

- schließlich auf ein allenfalls folgendes Nostrifizierungsverfahren an einer anderen Fachhochschule, wenn die bekanntgegebenen Ergänzungen an der ersten Fachhochschule nicht (positiv) absolviert wurden.

Das obige Beispiel versucht, die methodischen Herausforderungen des Zusammenspiels zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Bestimmungen im fachhochschulischen Nostrifizierungsverfahren sowie das in den FHStG-Nostrifizierungsbestimmungen vermutete Auslegungspotential anzudeuten. Angesichts der Anforderung an die beliebigen FH-Kollegien, ein rechtsstaatliches und verwaltungsverfahrenrechtlichen Standards entsprechendes Verfahren sicherzustellen<sup>33</sup>, stellt sich die im Folgenden formulierte Forschungsfrage.

## II. Forschungsfrage

Ausgehend von der oben dargelegten Problemstellung soll einerseits auf Grundlage der bestehenden Regelungen ein Überblick über das Nostrifizierungsverfahren und die dabei auftretenden Fragestellungen gegeben, andererseits untersucht werden, inwiefern die Nostrifizierungsbestimmungen des FHStG verfassungsrechtlichen Vorgaben, insbesondere dem Aufbau des B-VG<sup>34</sup> und dem Bestimmtheitsgebot des Artikels 18 Abs 1 B-VG<sup>35</sup>, entsprechen.

## III. Ziel und Gang der Untersuchung

Die **Einleitung** soll einen Abriss der Problemstellung umfassen und die Forschungsfrage darstellen. Zudem soll ein Überblick über den Forschungsstand zum Thema vermittelt und der Gang der Untersuchung skizziert werden.

Im **ersten Teil** wird versucht, den Begriff der „Nostrifizierung“ zu definieren und diese von verwandten studien- und berufsrechtlichen Rechtsinstituten wie insbesondere der Anerkennung nachgewiesener Kenntnisse und Prüfungen in einem Studium<sup>36</sup>, der Gleichwertigkeitsprüfung bei Zulassung zu einem weiterführenden Studium<sup>37</sup>, der völkerrechtlichen Anerkennung durch bilaterale

---

<sup>33</sup> In den ErläutRV zur Novelle BGBl 306/1992 des außer Kraft getretenen AHStG wurde das Nostrifizierungsverfahren gar als „eines der schwierigsten Verwaltungsverfahren überhaupt“ bezeichnet (ErläutRV 455 BlgNR XVIII. GP 19).

<sup>34</sup> VfSlg 3096/1956; 3685/1960; 4117/1966; 8136/1977; 8457/1978; 10.213/1984; 11.369/1987; 11.639/1988; 13.429/1993; 14.473/1996; 16.400/2001; 16.995/2003; 17.101/2004; 17.341/2004; 17.421/2004; 19.728/2012 und auch 19.823/2013; mwN *Kucsko-Stadlmayer*, Grenzen der Ausgliederung, Verhandlungen des 15. Österreichischen Juristentages, I/1 (2003) 80 ff; *Perthold-Stoitzner*, Hochschulrecht im Strukturwandel (2012) 185; *Butschek*, Legalitätsprinzip und FHStG, zfhr 2010, 148; im Zusammenhang mit Überlegungen zu einer möglichen, künftig öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung des FH-Studienrechts *Berka*, Das Studienrecht an Fachhochschulen: Privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Ausgestaltung? (2015) 28; *Huber*, Mehr privat, weniger Staat? Rechtsschutz an der FH, N@HZ 3/2015, 75.

<sup>35</sup> *Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer*, Grundriss des Österreichischen Bundesverfassungsrechts<sup>10</sup> (2007) 286; *Öhlinger/Eberhard*, Verfassungsrecht<sup>9</sup> (2012) 269; VfSlg 8395/1978; 10.296/1984; 11.859/1988; 14.644/1996; 15.447/1999; 16.137/2001; 18.738/2009; *Butschek*, Legalitätsprinzip und FHStG, zfhr 2010, 149.

<sup>36</sup> § 12 FHStG, § 78 UG, § 56 HG.

<sup>37</sup> § 4 Abs 4 FHStG; § 64 UG; § 51 Abs 2b HG, ErläutRV 2348 BlgNR XXIV. GP 8.

Abkommen<sup>38</sup>, der EWR-Anerkennung nach EU-Recht<sup>39</sup>, aber auch der Nostrifikation nicht-hochschulischer Berufsausbildungen<sup>40</sup> und von Schulzeugnissen<sup>41</sup> abzugrenzen.

Im Anschluss an diese Darstellung werden die aktuellen völkerrechtlichen<sup>42</sup> und einfachgesetzlichen<sup>43</sup> Grundlagen akademischer Anerkennungsregelungen sowie deren historische Entwicklung<sup>44</sup> erörtert.

Im **zweiten Teil** folgt eine umfassende Darstellung der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Aspekte des fachhochschulischen Nostrifizierungsverfahrens von der Antragstellung, über die Gleichwertigkeitsprüfung und die Absolvierung allfällig auferlegter Ergänzungen, bis zu den seitens der Rechtsordnung bereitgestellten Rechtsschutzinstrumenten (Vgl IV. Vorläufiges Inhaltsverzeichnis).

In diesem Rahmen soll der normative Gehalt jener für die Aufgabenstellung relevanten Bestimmungen unter Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden juristischen Interpretationsmethoden<sup>45</sup> sowie unter Bezugnahme auf die einschlägige Rechtsprechung und Literatur ermittelt werden.<sup>46</sup> Auf dieser Grundlage wird an den entsprechenden Stellen der Untersuchung beurteilt, ob die FHStG-Nostrifizierungsbestimmungen im Sinne der Forschungsfrage mit verfassungsrechtlichen Determinanten, insbesondere mit dem Aufbau des B-VG und mit Artikel 18 Abs 1 B-VG<sup>47</sup>, in Einklang stehen.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Zuständigkeit des Kollegiums sollen etwa mögliche Spannungsfelder zwischen dessen Beleihung und den verfassungsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich

---

<sup>38</sup> Vgl Verzeichnis VI. A. 3. lit a).

<sup>39</sup> RL 2005/36/EG iVm §§ 6 b ff MTD-Gesetz, § 12 HebG, §§ 28a ff GuKG.

<sup>40</sup> Vgl etwa §§ 31 ff GukG, § 17 MABG, §§ 19 ff SanG, §§ 12 ff KTG, §§ 11 ff MMHmG.

<sup>41</sup> § 75 SchuG.

<sup>42</sup> Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region, BGBl III 71/1999 (sog „Lissabonner Übereinkommen“), insb Artikel VI.1. Vgl ErläutRV 1159 BlgNR XX. GP 44: Soweit eine Anerkennungsentscheidung auf den mit der Hochschulqualifikation nachgewiesenen Kenntnissen und Fähigkeiten beruht, erkennt gemäß Artikel VI.1 jede Vertragspartei die in einer anderen Vertragspartei verliehenen Hochschulqualifikationen an, sofern nicht ein wesentlicher Unterschied zwischen der Qualifikation, deren Anerkennung angestrebt wird, und der entsprechenden Qualifikation in der Vertragspartei, in der die Anerkennung angestrebt wird, nachgewiesen werden kann. Als wesentliche Unterschiede seien insbesondere Abweichungen in den Ausbildungsinhalten (Richtwert: Übereinstimmung von weniger als 75%, gemessen an den vorgeschriebenen Prüfungsfächern), erhebliche Abweichungen hinsichtlich der Studiendauer oder eine wesentlich andere Ausrichtung des Studiums zu werten. Zum Richtwert betreffend Ergänzungen vgl auch ErläutRV 588 BlgNR XX. GP 102.

<sup>43</sup> UG – Universitäten, HG – Pädagogische Hochschulen, FHStG – Fachhochschulen.

<sup>44</sup> Vgl etwa Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern vom 11. August 1905 betreffend die Anerkennung ausländischer tierärztlicher Studien und Diplome, RGBl 135/1905; Bundesgesetz über die Ermächtigung der zuständigen Bundesminister zur Regelung einiger Angelegenheiten der Hochschulen durch Verordnung (Hochschulermächtigungsgesetz) BGBl. 266/1935; Verordnung des Staatsamtes für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 9. Juli 1945 über die Anrechenbarkeit ausländischer Hochschulstudien und im Auslande abgelegter Prüfungen StGBI. Nr. 82/1945; Allgemeines Hochschul-Studengesetz (AHStG) BGBl 177/1966; Kunsthochschul-Studiengesetz (KHStG) BGBl 187/1983; Universitäts-Studiengesetz (UniStG) BGBl I 48/1997.

<sup>45</sup> Vgl ua *Adamovich/Funk/Holzinger/Frank*, Österreichisches Staatsrecht, Band 1: Grundlagen<sup>1</sup> (1997) Rz 03.001 ff; *Funk*, Einführung in das österreichische Verfassungsrecht<sup>13</sup> (2007) 20 ff; *Öhlinger/Eberhard*, Verfassungsrecht<sup>9</sup> (2012) Rz 19 ff; *Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer*, Grundriss des Österreichischen Bundesverfassungsrechts<sup>10</sup> (2007) Rz 122 ff; *Berka*, Verfassungsrecht, Grundzüge des österreichischen Verfassungsrechts für das juristische Studium<sup>4</sup> (2012) Rz 87 ff; *Raschauer*, Allgemeines Verwaltungsrecht<sup>3</sup> (2009) Rz 546 ff; *Antoniolli/Koja*, Allgemeines Verwaltungsrecht<sup>3</sup> (1996) 128 ff; *Franz Bydlinki*, Juristische Methodenlehre und Rechtsbegriff<sup>2</sup> (2011); *Zippelius*, Juristische Methodenlehre<sup>11</sup> (2012); *Puppe*, Kleine Schule des juristischen Denkens<sup>3</sup> (2014); *Kramer*, Juristische Methodenlehre<sup>5</sup> (2016).

<sup>46</sup> Vgl Quellenverzeichnis/Rechtsprechung unter VI. C. und Quellenverzeichnis/Literatur unter VI. E.

<sup>47</sup> *Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer*, Bundesverfassungsrecht<sup>10</sup> (2007) 286; *Öhlinger/Eberhard*, Verfassungsrecht<sup>9</sup> (2012) 269; VfSlg 8395/1978; 10.296/1984; 11.859/1988; 14.644/1996; 15.447/1999; 16.137/2001; 18.738/2009.



der geforderten Einbindung in den ministeriellen Weisungszusammenhang beleuchtet werden. Das Hauptaugenmerk wird dabei darauf gelegt, dass § 10 Abs 10 FHStG dem/der zuständigen Bundesminister/in bzw § 29 HS-QSG dem Board der Agentur für Qualitätssicherung Austria gegenüber dem Erhalter und dem Kollegium ein bloßes Informationsrecht, jedoch keine gesetzliche Weisungsbefugnis einräumt und die Rechtsordnung eine dem nach hL ausschließlich auf öffentliche Universitäten anwendbaren Art 81c B-VG<sup>48</sup> vergleichbare Weisungsfreistellung für Fachhochschulen nicht kennt.<sup>49</sup> Beleuchtet werden in diesem Kontext auch die Charakteristik der FH-Satzung<sup>50</sup> und die mangelnde, ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung des beliebigen FH-Kollegiums, Verordnungen zu erlassen.<sup>51</sup>

Im Lichte des Art 18 Abs 1 B-VG<sup>52</sup> und dessen Verlangen nach hinreichender gesetzlicher Bestimmtheit wird die eingangs erwähnte, für die Beurteilung der Zuständigkeit des angerufenen Kollegiums bedeutende Bestimmung des § 6 Abs 7 Satz 1 FHStG betrachtet. Der zufolge muss die Nostrifizierung für die Berufsausübung oder Fortsetzung der Ausbildung der antragstellenden Person zwingend erforderlich sein. Fraglich ist va, ob ein Antrag auf Nostrifizierung nur dann zulässig ist, wenn sich deren zwingende Erforderlichkeit aus einem Berufsgesetz (zB MTD-Gesetz, GuKG, HebG) ergibt.<sup>53</sup>

Ebenfalls auf den Prüfstand des Art 18 Abs 1 B-VG wird die Bestimmung zur Bekanntgabe der Ergänzungen gemäß § 6 Abs 6 Satz 3 FHStG gestellt, da es auch nach eingehender Interpretation unklar scheint, in welcher Form die Bekanntgabe der Ergänzungen zu erfolgen hat (Vgl oben).

Der **dritte Teil** soll die Untersuchung mit einem Befund über die Verfassungsmäßigkeit der Beleihung des Kollegiums und die hinreichende Bestimmtheit einzelner Wortfolgen in den FHStG-Regelungen zur Nostrifizierung abschließen sowie den Weg der Geltendmachung möglicher Verfassungswidrigkeiten skizzieren.

#### IV. Vorläufiges Inhaltsverzeichnis

##### Einleitung

- I. Problemstellung
- II. Forschungsfrage und Forschungsstand
- III. Ziel und Gang der Untersuchung

---

<sup>48</sup> *Perthold-Stoitzner*, Hochschulrecht im Strukturwandel (2012) 277; *Kucsko-Stadlmayer* in *Perthold-Stoitzner* (Hg), Kommentar zum Universitätsgesetz<sup>3</sup>, Art 81c B-VG Anm 5 (Stand 01.10.2016, rdb.at); BVwG 17. 12. 2015, W224 2116415-1; 31. 3. 2016, W203 2107288-1.

<sup>49</sup> *Perthold-Stoitzner*, Hochschulrecht im Strukturwandel (2012) 185; *Butschek*, Legalitätsprinzip und FHStG, zfhr 2010, 148; im Zusammenhang mit Überlegungen zu einer möglichen, künftig öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung des FH-Studienrechts *Berka*, Das Studienrecht an Fachhochschulen: Privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Ausgestaltung? (2015) 28; *Huber*, Mehr privat, weniger Staat? Rechtsschutz an der FH, N@HZ 3/2015, 75.

<sup>50</sup> *Löschnigg/Funk*, Geschäftsordnungsautonomie, zfhr 2009, 185; *Gamper*, Was ist die Satzung der Universität?, zfhr 2012, 107.

<sup>51</sup> *Walzel von Wiesentreu*, Urteilsanmerkung zu VfGH 02.10.2003, G 121 /03 ua, VfSlg 16.995/2003, ÖZW 2004, 127.

<sup>52</sup> In Verbindung mit Art 83 Abs 2 B-VG.

<sup>53</sup> *Perthold-Stoitzner* in *Mayer*, UG2.03 § 90 UG (Stand 1.9.2014, rdb.at); *Bast/Klemmer/Langeder*, Universitätsgesetz<sup>2</sup>, 279 f; *Kasparovsky/Wadsack*, Prüfungs- und Diplomanerkennung, 126.

## Teil 1: Grundlagen

- I. Die Definition des Begriffs „Nostrifizierung“ und deren Wirkungen
  - A. Die Definition des § 51 Abs 2 Z 28 UG und § 6 FHStG
  - B. Die Begriffe „Nostrifizierung“ und „Nostrifikation“
  - C. Die Wirkungen der Nostrifizierung
- II. Die Abgrenzung der Nostrifizierung zu verwandten Rechtsinstituten
- III. Die Rechtsquellen der Nostrifizierung und deren historische Entwicklung
  - A. Völkerrechtsquellen
  - B. Die kompetenzrechtliche Einordnung der Nostrifizierungsbestimmungen
  - C. Die hochschulrechtlichen Nostrifizierungsbestimmungen
    1. Universitäten und Kunsthochschulen
    2. Pädagogische Akademien und Pädagogische Hochschulen
    3. Fachhochschulen – Fachhochschul-Studiengesetz (FHStG)
    4. Nostrifizierung auf Grundlage des Privatuniversitätengesetzes?
  - D. Das Anerkennungs- und Bewertungsgesetz (AuBG)

## Teil 2: Das Nostrifizierungsverfahren an Fachhochschulen

- I. Das fachhochschulische Nostrifizierungsverfahren als Gemengelage aus öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Bestimmungen
- II. Die Anwendung des AVG im fachhochschulischen Nostrifizierungsverfahren
- III. Die Zuständigkeit
  - A. Die örtliche Zuständigkeit
  - B. Die sachliche Zuständigkeit
    1. Die Zuständigkeit des Kollegiums
      - a) Die Zusammensetzung des Kollegiums und mögliche Befangenheit
      - b) Die Beleihung des Kollegiums
        - (1) Ist das Kollegium zur Erlassung von Verordnungen ermächtigt?
        - (2) Ist das Kollegium zur Erlassung von Bescheiden ermächtigt?
    2. Die zwingende Erforderlichkeit der Nostrifizierung gemäß § 6 Abs 7 Satz 1 FHStG
      - a) Berufsausübung
      - b) Fortsetzung der Ausbildung
    3. Die "Nostrifizierung eines ausländischen akademischen Grades einer ausländischen Fachhochschule"
      - a) Der Begriff "ausländischer akademischer Grad"
      - b) Der Begriff "ausländische Fachhochschule"
    4. Die Bestimmung des § 6 Abs 7 Satz 2 FHStG
      - a) Analyse der erfassten Fallkonstellationen
      - b) Die erneute Antragstellung nach abgeschlossenem Erstverfahren
  - C. Die Unzuständigkeit
  - D. Mögliche Zuständigkeitskonflikte
  - E. Die Zuständigkeitsregelungen des FHStG und Art 18 Abs 1 iVm 83 Abs 2 B-VG

#### IV. Die Einleitung des Nostrifizierungsverfahrens

- A. Der Gegenstand des Antrages
  - 1. Volle Gleichwertigkeit
  - 2. Grundsätzliche Gleichwertigkeit
- B. Die Form des Antrages
  - 1. Formfreiheit
  - 2. Vorzulegende Nachweise
- C. Nachsicht von Unterlagen im FH-Nostrifizierungsverfahren?

#### V. Das Ermittlungsverfahren – Zweck und Gang

- A. Die Gleichwertigkeitsprüfung
  - 1. Anforderungen, Gesamtumfang und Studieninhalte
  - 2. Der Studienplan der angerufenen Fachhochschule als Vergleichsmaßstab
  - 3. Der Detailgrad der Gleichwertigkeitsprüfung
    - a) Die Rechtsprechung (VwGH 29.11.1993, 90/12/0106)
    - b) Die Gesetzesmaterialien (ErläutRV 588 BlgNR XX. GP)
  - 4. Die Berücksichtigung von berufsrechtlichen Vorgaben
  - 5. Die verfassungsrechtliche Bewertung der Bestimmungen zur Gleichwertigkeitsprüfung
- B. Die mündliche Verhandlung

#### VI. Das Beweisverfahren

- A. Allgemeines
- B. Die Beweismittel
  - 1. Der Urkundenbeweis
    - a) Öffentliche Urkunden und Privaturkunden
    - b) Ausländische Urkunden
  - 2. Der Zeugenbeweis
  - 3. Die Beteiligtenvernehmung (Stichprobentest)
  - 4. Der Sachverständigenbeweis (Gutachten)
  - 5. Der Augenschein

#### VII. Die Erledigung des Verfahrens

- A. Die bescheidmäßige Abweisung des Antrages bei mangelnder Gleichwertigkeit
  - 1. Die „75%-Grenze“
  - 2. Alternativen zur Nostrifizierung
- B. Die bescheidmäßige Erledigung bei voller Gleichwertigkeit
  - 1. Feststellungsbescheid?
  - 2. Rechtsgestaltungsbescheid?
- C. Die grundsätzliche Gleichwertigkeit und notwendige Ergänzungen
  - 1. Die Bekanntgabe notwendiger Ergänzungen gemäß § 6 Abs 6 Satz 3 FHStG als öffentlich-rechtlicher Akt
    - a) Die Bekanntgabe als Verbesserungsauftrag gemäß § 13 Abs 3 AVG?
    - b) Die Bekanntgabe als Verfahrensanordnung?
    - c) Bloße Mitteilung der Ergänzungen und rechtsgestaltender Bescheid?

- (1) Die Regelung des § 40 AHStG BGBl 177/1966 idF BGBl 306/1992
- (2) Die Anwendbarkeit auf das fachhochschulische Nostrifizierungsverfahren
- d) Rechtsgestaltender Bescheid mit Bedingungen und bloße Mitteilung?
  - (1) Die berufsrechtliche Regelung nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe
  - (2) Die Anwendbarkeit auf das fachhochschulische Nostrifizierungsverfahren
- e) Feststellungsbescheid und rechtsgestaltender Bescheid?
  - (1) Die Regelungen der §§ 71 Abs 2 UniStG idF BGBl I 48/1997, 68 Abs 3a HG BGBl I 30/2006 idF BGBl I 47/2010
  - (2) Die Anwendbarkeit auf das fachhochschulische Nostrifizierungsverfahren
- f) Die verfassungsrechtliche Bewertung der Bestimmung zur Bekanntgabe
- 2. Die Absolvierung bekanntgegebener Ergänzungen im Rahmen eines privatrechtlichen Ausbildungsverhältnisses
  - a) Zeitliche Determinanten für die Absolvierung notwendiger Ergänzungen
    - (1) Die Fristsetzung in der öffentlich-rechtlichen Bekanntgabe
    - (2) Nicht-hochschulische Fristen für die Absolvierung der notwendigen Ergänzungen
  - b) Das privatrechtliche Ausbildungsverhältnis
    - (1) Anspruch auf Absolvierung der Ergänzungen und Kontrahierungszwang
    - (2) Die Zulassung zum außerordentlichen Studium und vorzulegende Unterlagen
  - c) Nostrifizierungswerber/innen als außerordentliche Studierende
    - (1) Der Besuch einzelner Lehrveranstaltungen
    - (2) Außerordentliche Studierende als ÖH-Mitglieder
    - (3) Meldepflichten des Erhalters
  - d) Studienbeitrag für den Besuch einzelner Lehrveranstaltungen?
  - e) Die Anwendbarkeit der studienrechtlichen Bestimmungen des FHStG
    - (1) Allgemeines
    - (2) Einzelfragen
  - f) Die Auflösung des privatrechtlichen Ausbildungsverhältnisses
    - (1) Die positive Absolvierung aller bekanntgegebenen Ergänzungen als Auflösungsgrund
    - (2) Wiederholt negative Prüfungsleistungen als Auflösungsgrund
    - (3) Auswirkungen der Auflösung auf das öffentlich-rechtliche Nostrifizierungsverfahren
  - g) Der Rechtsschutz vor den ordentlichen Gerichten
- D. Die Ausfertigung und Erlassung von Bescheiden des FH-Kollegiums
- E. Der Vermerk der Nostrifizierung auf der ausländischen Urkunde

- F. Verwaltungsrechtliche Folgen rechtswidriger FH-Nostrifizierungen
  - 1. Der Widerruf der Nostrifizierung und die amtswegige Wiederaufnahme
  - 2. Strafen bei Erschleichung der Nostrifizierung?
- G. Die Verfahrenskosten
  - 1. Allgemeines
  - 2. Nostrifizierungstaxe im fachhochschulischen Nostrifizierungsverfahren?
  - 3. Stempel- und Rechtsgebühren gemäß Gebührengesetz?
  - 4. Beglaubigungs- und Übersetzungskosten
  - 5. Die Förderung von Kosten durch den Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF)

#### VIII. Der Rechtsschutz gegen hoheitliche Entscheidungen des Kollegiums

- A. Die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts
- B. Die Beschwerde gegen Bescheide des Kollegiums wegen Rechtswidrigkeit
  - 1. Der Bescheid als Beschwerdegegenstand
  - 2. Die Erhebung der Bescheidbeschwerde
    - a) Die Beschwerdefrist
    - b) Die Einbringung der Beschwerde beim Kollegium als belangter Behörde
    - c) Inhalt und Form der Beschwerde
    - d) Der Beschwerdeverzicht
- C. Das Vorverfahren – Die Beschwerdevorentscheidung durch das Kollegium
- D. Das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht bei der Bescheidbeschwerde
  - 1. Parteien und deren Vertreter
  - 2. Aufschiebende Wirkung der Beschwerde und vorläufiger Rechtsschutz
  - 3. Der Verkehr zwischen Bundesverwaltungsgericht und Parteien
  - 4. Das Ermittlungsverfahren
  - 5. Die Entscheidungsbefugnis des Bundesverwaltungsgerichts
- E. Rechtswirkungen der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
  - 1. Die Unanfechtbarkeit, Unwiderrufbarkeit und Unwiederholbarkeit der Entscheidung
  - 2. Die Verbindlichkeit der Entscheidung
- F. Die Wiederaufnahme und die Wiedereinsetzung des Verfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht
- G. Die Säumnisbeschwerde
  - 1. Die Entscheidungspflicht und die Entscheidungsfrist
    - a) AVG, UG und AuBG
    - b) Exkurs: Haftungs- und strafrechtliche Aspekte des Nostrifizierungsverfahrens
  - 2. Beschwerdeinhalt und Einbringungsbehörde
  - 3. Prüfungsmaßstab
  - 4. Das Vorverfahren zur Nachholung des Bescheides
  - 5. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts
- H. Die Kosten des Beschwerdeverfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht

### Teil 3: Verfassungsrechtliche Beurteilung

- I. Befund über die Verfassungsmäßigkeit der Beleihung des Kollegiums
- II. Befund über die hinreichende Bestimmtheit der FHStG-Notrifizierungsbestimmungen
  - A. Systembedingte Bedenken
    1. Die fehlende Aufzählung von Antragsunterlagen im FHStG
    2. Der knappe Regelungsumfang des FHStG und die mangelnde Verordnungsermächtigung
  - B. Bedenken hinsichtlich einzelner Wortfolgen
    1. Die „vom Kollegium bekanntgegebenen Lehrveranstaltungen und Prüfungen“
    2. Die "zwingende Erforderlichkeit"
    3. „Derselbe Antrag“
    4. „Notrifizierung eines akademischen Grades einer ausländischen Fachhochschule“
- III. Die Geltendmachung möglicher Verfassungswidrigkeiten und denkbare Folgen
- IV. Ausblick

### **V. Vorläufiger Zeitplan**

<b>Wintersemester 2017/18</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Erstellung des Exposés</li><li>- Dissertationsvereinbarung</li><li>- Einreichen des Antrages auf Genehmigung des Vorhabens</li><li>- Verfassen des Dissertationsentwurfs</li><li>- Besprechungen mit dem/der Betreuer/in</li></ul>
<b>Sommersemester 2018</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Verfassen des Dissertationsentwurfs</li><li>- Besprechungen, Überarbeitung und Korrektur</li></ul>
<b>Wintersemester 2018/19</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Verfassen des Dissertationsentwurfs</li><li>- Besprechungen, Überarbeitung und Korrektur</li><li>- Einreichung der Dissertation</li></ul>

### **VI. Quellenverzeichnis**

#### **A. Rechtsquellen (Auswahl)**

##### **1. Verfassungsrecht**

- Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) BGBl. Nr. 1/1930 (WV) idF BGBl. I Nr. 194/1999 (DFB)

##### **2. Verfahrensrecht**

- Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG BGBl. Nr. 51/1991

- Bundesgesetz über die Vereinfachung der Verfahren zur Anerkennung und Bewertung ausländischer Bildungsabschlüsse und Berufsqualifikationen (Anerkennungs- und Bewertungsgesetz – AuBG) BGBl. I Nr. 55/2016

### **3. Hochschulrecht**

#### **a) Völkerrecht**

- Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region BGBl. III Nr. 71/1999
- Europäisches Abkommen über die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeugnisse BGBl. Nr. 143/1961
- Bilaterale Abkommen: Bosnien und Herzegowina (BGBl. Nr. 428/1980), Italien (ua BGBl. III Nr. 177/2008), Kosovo (BGBl. Nr. 428/1980, BGBl. III Nr. 147/2010), Kroatien (BGBl. Nr. 428/1980, BGBl. Nr. 474/1996), Liechtenstein (BGBl. III Nr. 176/1997), Mazedonien (BGBl. Nr. 428/1980, BGBl. III Nr. 92/1997), Montenegro (BGBl. Nr. 428/1980, BGBl. III Nr. 124/2007), Serbien (BGBl. Nr. 428/1980, BGBl. III Nr. 156/1997) und Slowenien (BGBl. Nr. 428/1980, BGBl. Nr. 714/1993) sowie von päpstlichen Universitäten (BGBl. II Nr. 2/1934)

#### **b) Nationales Recht**

##### **(1) In Kraft**

- Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (Fachhochschul-Studiengesetz – FHStG) BGBl. Nr. 340/1993
- Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten und ihre Studien (Universitätsgesetz 2002 – UG) BGBl. I Nr. 120/2002
- Bundesgesetz über die Organisation der Pädagogischen Hochschulen und ihre Studien (Hochschulgesetz 2005 – HG) BGBl. I Nr. 30/2006

##### **(2) Außer Kraft**

- Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern vom 11. August 1905 betreffend die Anerkennung ausländischer tierärztlicher Studien und Diplome, RGBl 135/1905
- Bundesgesetz über die Ermächtigung der zuständigen Bundesminister zur Regelung einiger Angelegenheiten der Hochschulen durch Verordnung (Hochschulermächtigungsgesetz) BGBl. 266/1935
- Verordnung des Staatsamtes für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 9. Juli 1945 über die Führung ausländischer akademischer Grade StGBI. Nr. 79/1945
- Verordnung des Staatsamtes für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 9. Juli 1945 über die Anrechenbarkeit ausländischer Hochschulstudien und im Auslande abgelegter Prüfungen StGBI. Nr. 82/1945

- Bundesgesetz vom 25. Juni 1953 über die an den wissenschaftlichen Hochschulen zu entrichtenden Taxen (Hochschultaxengesetz) BGBl. Nr. 102/1953
- Bundesgesetz vom 13. Juli 1955 über die Organisation der wissenschaftlichen Hochschulen (Hochschul-Organisationsgesetz) BGBl. Nr. 154/1955
- Bundesgesetz vom 15. Juli 1966 über die Studien an den wissenschaftlichen Hochschulen (Allgemeines Hochschul-Studiengesetz) BGBl. Nr. 177/1966
- Bundesgesetz vom 15. Feber 1972 über die an wissenschaftlichen Hochschulen, Kunsthochschulen und der Akademie der bildenden Künste in Wien zu entrichtenden Taxen (Hochschul-Taxengesetz 1972) BGBl. Nr. 76/1972
- Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten (UOG 1993) BGBl. Nr. 805/1993
- Bundesgesetz vom 11. April 1975 über die Organisation der Universitäten (Universitäts-Organisationsgesetz – UOG) BGBl. Nr. 258/1975
- Bundesgesetz vom 2. März 1983 über die Studien an den Hochschulen künstlerischer Richtung (Kunsthochschul-Studiengesetz – KHStG) BGBl. Nr. 187/1983
- Bundesgesetz über die Studien an den Universitäten (Universitäts-Studiengesetz – UniStG) BGBl. I Nr. 48/1997
- Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste (KUOG) BGBl. I Nr. 130/1998

#### **4. Berufsrecht**

##### **a) Unionsrecht**

- Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABI 2005 L 255/22

##### **b) Bundesrecht**

- Bundesgesetz über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste (MTD-Gesetz) BGBl. Nr. 460/1992
- Bundesgesetz über Gesundheits- und Krankenpflegeberufe (Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – GuKG) BGBl. I Nr. 108/1997
- Bundesgesetz über den Hebammenberuf (Hebammengesetz – HebG) BGBl. Nr. 310/1994
- Bundesgesetz über Ziviltechniker (Ziviltechnikergesetz 1993 – ZTG) BGBl. Nr. 156/1994
- Bundesgesetz über die Grundsätze für Hilfen für Familien und Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche (Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz 2013 – B-KJHG 2013) BGBl. I Nr. 69/2013

##### **c) Landesrecht**

- Gesetz vom 14. November 2013 über die Hilfen für Familien und Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche (Burgenländisches Kinder- und Jugendhilfegesetz – Bgld. KJHG) LGBl. Nr. 62/2013



- Gesetz vom 21. November 2013, über die Hilfen für Familien und Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche (Kärntner Kinder- und Jugendhilfegesetz – K-KJHG) LGBl. Nr. 83/2013
- NÖ Kinder- und Jugendhilfegesetz (NÖ KJHG) LGBl. 9270-0
- Landesgesetz über die Hilfen für Familien und Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche (Oö. Kinder- und Jugendhilfegesetz 2014 - Oö. KJHG 2014) LGBl. Nr. 30/2014
- Gesetz über die Kinder- und Jugendhilfe im Land Salzburg (Salzburger Kinder- und Jugendhilfegesetz – S. KJHG) LGBl. Nr. 32/2015
- Gesetz vom 15. Oktober 2013 über die Hilfen für Familien und Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche (Steiermärkisches Kinder- und Jugendhilfegesetz – StKJHG) LGBl. Nr. 138/2013
- Gesetz vom 6. November 2013 über die Kinder- und Jugendhilfe (Tiroler Kinder- und Jugendhilfegesetz – TKJHG) LGBl. Nr. 150/2013
- Gesetz über die Kinder- und Jugendhilfe LGBl. Nr. 29/2013
- Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetz 2013 – WKJHG 2013 LGBl. Nr. 51/2013

## **5. Strafrecht**

- Bundesgesetz vom 23. Jänner 1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch – StGB) BGBl. Nr. 60/1974

## **6. Zivilrecht**

- Bundesgesetz über die Haftung der Gebietskörperschaften und der sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts für in Vollziehung der Gesetze zugefügte Schäden (Amtshaftungsgesetz – AHG) BGBl. Nr. 20/1949
- Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch für die gesammten deutschen Erbländer der Oesterreichischen Monarchie JGS Nr. 946/1811

## **7. Diplomatische Beglaubigung**

### **a) Völkerrecht**

- Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung BGBl. Nr. 27/1968
- Übereinkommen über die Befreiung bestimmter Urkunden von der Beglaubigung BGBl. Nr. 239/1982
- Bilaterale Befreiungsabkommen: Belgien (BGBl. I Nr. 115/1998); Bosnien und Herzegowina (BGBl. Nr. 224/1955); Bulgarien (BGBl. Nr. 268/1969); Deutschland (BGBl. Nr. 139/1924); Finnland (BGBl. Nr. 244/1988); Frankreich (BGBl. Nr. 236/1980); Italien (BGBl. Nr. 433/1977); Kroatien (BGBl. Nr. 224/1955); Liechtenstein (BGBl. Nr. 213/1956); Mazedonien (BGBl. Nr. 224/1955); Montenegro (BGBl. Nr. 224/1955); Niederlande (BGBl. Nr. 239/1982); Norwegen (BGBl. Nr. 455/1985); Polen (BGBl. Nr. 79/1974); Rumänien (BGBl. Nr. 112/1969); Schweden (BGBl. Nr. 553/1983); Serbien (BGBl. Nr. 224/1955); Slowakei (BGBl. Nr.

309/1962); Slowenien (BGBl. Nr. 224/1955); Tschechische Republik (BGBl. Nr. 309/1962); Ungarn (BGBl. Nr. 305/1967)

## b) Nationales Recht

- Gesetz vom 1. August 1895, über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (Zivilprozessordnung – ZPO) RGBl. Nr. 113/1895
- Bundesgesetz vom 31. Mai 1967 über die Ausstellung der Apostille nach dem Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung BGBl. Nr. 28/1968
- Bundesgesetz über die Beglaubigung durch die Konsularbehörden (Konsularbeglaubigungsgesetz – KBeglG) BGBl. I Nr. 95/2012
- Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten über die Beglaubigung durch die Konsularbehörden (Konsularbeglaubigungsverordnung – KBeglV) BGBl. II Nr. 467/2012

## B. Gesetzesmaterialien (Auswahl)

- Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über Gleichwertigkeiten im Bereich der Reifezeugnisse und des Hochschulwesens: BGBl. III 176/1997, ErläutRV 412 BlgNR XX. GP
- Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über Gleichwertigkeiten im Bereich der Reifezeugnisse und des Hochschulwesens: ErläutRV 1512 BlgNR XXV. GP
- Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich: BGBl. 428/1980, ErläutRV 64 BlgNR XV. GP
- AHStG: BGBl. 306/1992, ErläutRV 455 BlgNR XVIII. GP
- AuBG: BGBl. I 55/2016, ErläutRV 1084 BlgNR XXV. GP
- B-VG: BGBl. I 2/2008, ErläutRV 314 BlgNR XXIII. GP
- Europäisches Abkommen über die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeugnisse: BGBl. 143/1961, ErläutRV 216 BlgNR IX. GP
- FHStG: BGBl. 340/1993, ErläutRV 949 BlgNR XVIII. GP; BGBl. I 72/1998, AB 1146 BlgNR XX. GP; BGBl. I 58/2002, ErläutRV 976 BlgNR XXI. GP; BGBl. I 74/2011, ErläutRV 1222 BlgNR XXIV. GP
- GuKG: BGBl. I 108/1997, ErläutRV 709 BlgNR XX. GP; BGBl. I 6/2004, ErläutRV 71 BlgNR XXII. GP; BGBl. I 57/2008, ErläutRV 435 BlgNR XXIII. GP; BGBl. I 75/2016, ErläutRV 1194 BlgNR XXV. GP
- HebG: BGBl. 310/1994, ErläutRV 1461 BlgNR XVIII. GP; BGBl. I 92/2002, ErläutRV 1069 BlgNR XXI. GP; BGBl. I 70/2005, ErläutRV 950 BlgNR XXII. GP; BGBl. I 57/2008, ErläutRV 435 BlgNR XIII. GP; BGBl. I 74/2011 ErläutRV 1222 XXIV. GP

- HG: BGBl I 30/2006, ErläutRV 1167 BlgNR XXII. GP; BGBl I 47/2010, ErläutRV 676 BlgNR XXIV. GP
- KHStG: BGBl 524/1993 ErläutRV 1094 BlgNR XVIII. GP
- KUOG: BGBl I 130/1998, ErläutRV 1228 BlgNR XX. GP
- MTD-Gesetz: BGBl 460/1992 ErläutRV 202 BlgNR XVIII. GP; BGBl I 70/2005, ErläutRV 950 BlgNR XXII. GP; BGBl I 57/2008, ErläutRV 435 BlgNR XXIII. GP
- SchOG: BGBl I 91/2005, ErläutRV 975 BlgNR XXII. GP
- Übereinkommen über die Anerkennung von Hochschulstudien, Universitätsdiplomen und akademischen Graden in den Staaten der Region Europa: BGBl 244/1986, ErläutRV 732 BlgNR XVI. GP
- Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region: BGBl III 71/1999, ErläutRV 1159 BlgNR XX. GP
- UG: BGBl I 120/2002, ErläutRV 1134 BlgNR XXI. GP; BGBl I 52/2012, ErläutRV 1710 BlgNR XXIV. GP
- UniStG: BGBl I 48/1997, ErläutRV 588 BlgNR XX. GP; BGBl I 131/1998, ErläutRV 1229 BlgNR XX. GP; ErläutRV 1997 BlgNR XX. GP
- UOG 1993: BGBl 805/1993, ErläutRV 1125 BlgNR XVIII. GP

### **C. Rechtsprechung (Auswahl)**

- Verfassungsgerichtshof: VfSlg 3096/1956; 3685/1960; 4117/1966; 8136/1977; 8457/1978; 10.213/1984; 11.369/1987; 11.639/1988; 13.429/1993; 14.473/1996; 16.400/2001; 16.995/2003; 17.101/2004; 17.341/2004; 17.421/2004; 19.728/2012 (Beleihung, Weisungsrecht); 19.448/2011 (Studienbeitrag); 19.823/2013 (Bescheidbegriff, Fachhochschule);
- Verwaltungsgerichtshof: 01.02.1990, 89/12/0046 (ua Notwendigkeit von Ergänzungen in unverhältnismäßigem Ausmaß); 19.03.1990, 89/12/0070 (ua Zuständigkeit); 09.07.1991, 89/12/0236 (ua Feststellungen); 18.11.1992, 91/12/0158 (Übertragung Zuständigkeit); 13.01.1993, 92/12/0050 (Vorschreibung schriftliche Diplomarbeit); 28.10.1993, 92/12/0258 (Formgebühren § 13 Abs 3 AVG); 29.11.1993, 90/12/0106 (ua Notwendigkeit von Ergänzungen in unverhältnismäßigem Ausmaß); 24.09.1997, 95/12/0277 (Keine Nostrifizierung wenn volle Gleichwertigkeit akademischer Grade und Studienabschlüsse durch internationales Abkommen); 19.12.2000, 2000/12/0045 (Belangte Behörde und Behördeneigenschaft); 16.12.2002, 2001/10/0024 (Mitwirkungspflicht und Manuduktionspflicht); 24.11.2003, 2002/10/0010 (Parteiengehör und mündliche Verhandlung); 28.01.2004, 99/12/0095 (Zeitpunkt der Antragstellung, Vergleichsmaßstab); 22.11.2004, 2001/10/0034 (Bescheidbegriff, Begründungspflicht); 13.10.2004, 2004/10/0054 (Zwingende Erforderlichkeit); 28.06.2010, 2010/10/0126 (Fachhochschule, Bescheidbegriff); 8.9.1998, 96/08/0207 und 30. 9.1994, 93/08/0254 (Zulässigkeit Analogie)

- Bundesverwaltungsgericht: 28.05.2014, W150 2006540-1 (Parteienghör, Sachverhaltsfeststellungen, Sachverständigengutachten); 20.04.2015, W128 2013150-2 (Ermittlungspflicht, mangelnde Sachverhaltsfeststellung, Urkundenüberprüfung); 22.06.2016, W128 2111225-1 (Auflage); 17. 12. 2015, W224 2116415-1 und 31. 3. 2016, W203 2107288-1 (FH sind keine Universitäten iSd Art 81c B-VG); 18.03.2016, W128 2102005-1 (Widerruf); 22.06.2016, W128 2111225-1 (Musiktherapie); 01.07.2016, W203 2103324-2 (Ergänzungen); 17.01.2017, W227 2121937-1 (Verordnungserlassung durch Beliehene); 06.03.2017, W129 2136056-1 („Globalvergleich“/Detailvergleich, Gutachten gemäß § 6 AuBG, Studiengangsleiterin als Gutachterin und Kollegiumsmitglied, "Lissabonner Anerkennungsübereinkommen" – kein subjektives Recht auf Anerkennung einer Qualifikation)
- Landesverwaltungsgericht Tirol: 04.10.2016, LVwG-2016/41/0618-12 (Zulassung zur Ziviltechnikerprüfung, Fachhochschule)
- Landesverwaltungsgericht Niederösterreich: 28.02.2017, LVwG-AV-318/001-2016
- Oberster Gerichtshof: 11.04.2013, 1 Ob 251/12m; 06.07.2010, 1 Ob 93/10y; 14.08.2007, 1 Ob 142/07z (Schadenersatz wegen unzureichenden Lehrveranstaltungsangebots); 26.02.2014, 9 Ob 1/14h (Ausschluss Studium, privatrechtliches Ausbildungsverhältnis, keine Rechtsfrage erheblicher Bedeutung); 17.12.2003, 13 Os 151/03; 13.01.2005, 12 Os 95/04; 21.04.2005, 15 Os 72/04; 30.01.2007, 14 Os 120/06p; 13.12.2007, 12 Os 122/07v; 19.10.2010, 14 Os 105/10p; 11.8.2014, 17 Os 25/14a; (Beleihung, Beamteneigenschaft gem §§ 74 Abs1 Z4, Strafbarkeit gem § 302 StGB); 6.12.2016, 17 Os 23/16k (Missbrauch der Amtsgewalt durch Hinauszögern)

#### **D. Ministerielle Stellungnahmen, Erlässe und Empfehlungen (Auswahl)**

- Stellungnahme des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF) vom 5.5.2008 zur Einhebung des Studienbeitrages und der Nostrifizierungstaxe an Fachhochschulen [Auszug], in: Hauser/Kostal, Hochschulrecht. Jahrbuch 2009, 261.
- BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur, GZ 53870/1-VII/11/2004 vom 19.01.2004 „Nostrifizierung, zehn neue EU-Mitgliedstaaten, Beitritt 1. Mai 2004 (Nostrifizierung neue EU-Mitgliedstaaten 2004)“
- BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur, GZ 53870/4-VII/11/2003 vom 29.09.2003 „Nostrifizierung medizinischer Studienabschlüsse von Flüchtlingen (Nostrifizierungsempfehlung Medizin Flüchtlinge 2004)“
- BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur, GZ 53870/6-VII/11/2003 vom 20.09.2003 „Nostrifizierung eines ausländischen akademischen Grades bzw. Studienabschlusses, Herstellung der Gleichwertigkeit, Frist, Rechtsauskunft“
- BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur, GZ 53870/5-VII/11/2003 vom 20.09.2003 „Nostrifizierung eines ausländischen akademischen Grades bzw. Studienabschlusses, Voraussetzungen, Rechtsauskunft“

- BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur, GZ 53.820/7-VII/11/2003 vom 18.9.2003 „Akademische Anerkennung, Lissabonner Anerkennungsübereinkommen, Erläuternde Bemerkungen und Empfehlungen zur Durchführung (Lissabon-Empfehlung allgemein 2004)“
- 3111/AB XX. GP – Anfragebeantwortung der parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Martina Gredler und PartnerInnen vom 19. November 1997 an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr betreffend die Nostrifizierung ausländischer akademischer Grade und Studienabschlüsse nach § 70 UniStG
- BMWF-GZ 53.829/0006-III/7/2013, Beglaubigung ausländischer Urkunden im Hochschulwesen (Beglaubigungsliste Hochschulwesen), Letzte Änderung: 21.11.2016

### **E. Empfehlungen des Europarates**

- Council of Europe, Code of Good Practice in Transnational Education (adopted by the Lisbon Recognition Convention Committee at its second meeting, Rīga, 6 June 2001)
- Council of Europe, Recommendation on the Assessment of Foreign Qualifications (adopted by the Lisbon Recognition Convention Committee at its fifth meeting, Sèvres)
- Council of Europe, Recommendation on International Access Qualifications (Adopted by the Intergovernmental Committee of the Lisbon Recognition Convention in Vilnius on June 16, 1999)

### **F. Internetlinks (Auswahl) – Stand 02.07.2017**

- <<https://www.fh-campuswien.ac.at/studium/nostrifizierung.html>>
- <<http://www.fh-burgenland.at/ueber-uns/organisation/qualitaetsmanagement/zustaendigkeitsbereiche/>>
- <<https://fh-joanneum.at/international/services/nostrifizierung-auslaendischer-studienabschluesse/>>
- <<https://www.fh-ooe.at/ueber-uns/organisation/fh-ooe-kollegium/nostrifizierung/>>
- <<http://www.fh-gesundheitsberufe.at/studieren/nostrifikation/>>
- <<http://www.fh-salzburg.ac.at/studium-lehre/studieninformationen/nostrifizierung/>>
- <<https://www.fhg-tirol.ac.at/page.cfm?vpath=studiengaenge/nostrifizierung>>
- <<https://www.fh-krems.ac.at/de/bewerben/nostrifikation/>>
- <<https://www.fhstp.ac.at/de/international/nostrifizierung>>
- <<https://www.fh-kaernten.at/ueber-die-fh/studium/nostrifizierung/>>
- <<http://www.fhv.at/studium/service-und-ressourcen/studieren-und-diversitaet/fehlende-zeugnisse-oder-unvollstaendige-dokumente/>>

## G. Literatur (Auswahl)

- *Adamovich/Funk/Holzinger/Frank*, Österreichisches Staatsrecht, Band 1: Grundlagen<sup>2</sup> (2011) [Staatsrecht Bd 1]
- *Adamovich/Funk/Holzinger/Frank*, Österreichisches Staatsrecht, Band 4: Allgemeine Lehren des Verwaltungsrechts<sup>1</sup> (2009) [Staatsrecht Bd 4]
- *Antoniolli/Koja*, Allgemeines Verwaltungsrecht<sup>3</sup> (1996) [Verwaltungsrecht]
- *Bast/Klemmer/Langeder*, Universitäts-Studiengesetz<sup>2</sup> (2002) [UniStG]
- *Berka*, Autonomie im Bildungswesen (2002) [Autonomie]
- *Berka*, Das Studienrecht an Fachhochschulen: Privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Ausgestaltung?, Rechtsgutachten im Auftrag der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (2015) [Studienrecht]
- *Berka*, Verfassungsrecht, Grundzüge des österreichischen Verfassungsrechts für das juristische Studium<sup>6</sup> (2016) [Verfassungsrecht]
- *Butschek*, FHStG und Legalitätsprinzip, zfhr 2010, 140 [Legalitätsprinzip]
- *Bydlinski, Franz*, Juristische Methodenlehre und Rechtsbegriff<sup>2</sup> (2011) [Methodenlehre].
- *Drischel*, Allgemeines Hochschul-Studiengesetz (AHStG) (1989) [AHStG]
- *Esca-Scheuringer/Holzinger*, FHStG-Novelle 2011: Änderungen in rechtlicher und bildungspolitischer Hinsicht, zfhr 2011, 204
- *Faulhammer*, Hochschul-Taxengesetz 1972 (1992) [Hochschul-Taxengesetz]
- *Fritthum/Janesch*, Nostrifizierungsverfahren an Fachhochschulen in *Hauser* (Hg), Jahrbuch Hochschulrecht 2017, 303 [Nostrifizierungsverfahren]
- *Fucik*, Amtshaftung für Studienverzögerung, ÖJZ 2013, 49
- *Funk*, Einführung in das österreichische Verfassungsrecht<sup>14</sup> (2011) [Verfassungsrecht]
- *Gamper*, Was ist die Satzung der Universität?, zfhr 2012, 107
- *Grabenwarter/Holoubek*, Verfassungsrecht. Allgemeines Verwaltungsrecht<sup>3</sup> (2014) [Verfassungsrecht/Verwaltungsrecht]
- *Guthan*, Öffentliches Recht vs. Privatrecht an Fachhochschulen: rechtliche Rahmenbedingungen und politische Implikationen, zfhr 2015, 85
- *Harnoncourt*, Der Parteienantrag auf Normenkontrolle – die Gesetzesbeschwerde, ZfV 2015/37, 263.
- *Hattenberger*, Zur Grenzziehung zwischen Verordnung und Nicht-Verordnung, ZfV 2001, 546
- *Hauser*, Anmerkungen zur Reichweite der Universitätsautonomie im Bereich der Verordnungserlassung, Gutachten, zfhr 2011, 196
- *Hauser*, Ausschluss vom FH-Studium "keine erhebliche Rechtsfrage", OGH 26. 2. 2014, 9 Ob 1/14h, Neue Hochschulzeitung, N@HZ 2014, 110
- *Hauser*, FHStG, Kommentar zum Fachhochschul-Studiengesetz<sup>7</sup> (2014) [FHStG<sup>7</sup>]
- *Hauser*, Neues zur beruflichen Anerkennung im EU-Bereich, zfhr 2008, 6
- *Hauser*, Studiengebühren auch für den bloßen Besuch einzelner Lehrveranstaltungen?, Neue Hochschulzeitung, N@HZ 2/2013, 39

- *Hauser*, Unvereinbarkeiten im Universitäts- bzw Hochschul-Bereich, zfhr 2010, 77
- *Hauser/Schweighofer* (Hrsg), FHStG, Kommentar zum Fachhochschul-Studiengesetz<sup>8</sup> (2017) [FHStG<sup>8</sup>]
- *Hauser/Schweighofer*, FHStG, Kommentar zum Fachhochschul-Studiengesetz<sup>8</sup> (2017), in Erscheinung
- *Hengstschläger/Leeb*, AVG online - Kommentar zum Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz [AVG online]
- *Hengstschläger/Leeb*, Verwaltungsverfahrenrecht, Ein systematischer Grundriss<sup>5</sup> (2014)
- *Huber*, Mehr privat, weniger Staat? Rechtsschutz an der FH, Neue Hochschulzeitung, N@HZ 2015, 3/2015, 75
- *Janesch*, Keine hoheitliche Befugnis bescheidförmiger Entscheidung der Fachhochschule, N@HZ 2/2014, 69
- *Kasparovsky*, Akademische Grade, in: *Hauser/Schweighofer* (Hrsg), FHStG, Kommentar zum Fachhochschul-Studiengesetz<sup>8</sup> (2017), 254 [Akademische Grade]
- *Kasparovsky*, Allgemeines Hochschul-Studiengesetz (1994) [AHStG]
- *Kasparovsky*, Anerkennung im Hochschulbereich, in: AMPEL-Leitfaden „Bildung anerkennen“. Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen (2007)
- *Kasparovsky*, Anerkennung im Hochschulwesen. Begriff und Bedeutung, Rechtsgrundlagen und Grundzüge des Anerkennungsverfahrens, in Handbuch Qualität in Studium und Lehre. Loseblattausgabe, 2. Ergänzungslieferung (2004)
- *Kasparovsky*, Anwendung des Lissabonner Anerkennungsübereinkommens als lex specialis zum Universitätsgesetz 2002?, in SpringerRecht. Das Fachportal für Juristen <[http://www.jusportal.at/anwendung-des-lissabonner-erkennungsuereinkommens-als-lex-specialis-zum-universitaetsgesetz-2002\\_heinz-kasparovsky/](http://www.jusportal.at/anwendung-des-lissabonner-erkennungsuereinkommens-als-lex-specialis-zum-universitaetsgesetz-2002_heinz-kasparovsky/)> (2013)
- *Kasparovsky*, Begriff, Bedeutung und Rechtsgrundlagen der Anerkennung und Grundzüge des Anerkennungsverfahrens, in Verein inspire (Hg), Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen (2013)
- *Kasparovsky*, Universitätswechsel innerhalb Österreichs im selben Studium, in Jahrbuch Hochschulrecht 2013
- *Kasparovsky*, Zentrale Aspekte der Diplom- und Prüfungsanerkennung, in *Berka/Brünner/Hauser* (Hg), 20 Jahre Fachhochschul-Recht, Band II (2013)
- *Kasparovsky/Perthold-Stoitzner/Zabini*, Gemeinsame Studienprogramme nach Universitätsgesetz 2002, zfhr 2011, 43
- *Kasparovsky/Wadsack*, Prüfungs- und Diplomanerkennung, Schriften zum Wissenschaftsrecht Band 5 (2005) [Prüfungs- und Diplomanerkennung]
- *Kirchmayer*, Hochschul-Taxengesetz (1986) [Hochschul-Taxengesetz]
- *Klinger*, Die Unternehmensstruktur der österreichischen Fachhochschulen (2013) [Unternehmensstruktur]
- *Kolonovits/Muzak/Stöger*, Grundriss des österreichischen Verwaltungsverfahrenrechts<sup>10</sup> (2014) [Verwaltungsverfahrenrecht]

- *Kramer Ernst A.*, Juristische Methodenlehre<sup>5</sup> (2016) [Methodenlehre]
- *Kucsko-Stadlmayer* in *Perthold-Stoitzner* (Hg), Kommentar zum Universitätsgesetz<sup>3</sup>, Art 81c B-VG Anm 5 (Stand 1.10.2016, rdb.at)
- *Kucsko-Stadlmayer*, Grenzen der Ausgliederung, Verhandlungen des 15. Österreichischen Juristentages, I/1 (2003) 80 ff [Grenzen]
- *Löschnigg/Funk*, Geschäftsordnungsautonomie im Fachhochschulbereich. Konkurrenz zwischen Erhalter und Kollegium?, zfhr 2009, 183
- *Lukas*, Haftung für Vermögensschäden durch Verlängerung der Studienzeit infolge unzureichenden Lehrveranstaltungsangebots, JBI 2010, 654
- *Mayer*, Universitäre Satzungsautonomie und Studiengebühren, zfhr 2011, 183
- *Mayer/Kucsko-Stadlmayer/Stöger*, Bundesverfassungsrecht<sup>11</sup> (2015) [Bundesverfassungsrecht]
- *Neumayr/Resch/Wallner* (Hg), Gmundner Kommentar zum Gesundheitsrecht (GmundKomm) (2016) [Gesundheitsrecht]
- *Novak*, Entscheidungspflicht; sachlich in Betracht kommende Oberbehörde, VwGH 2.9.2008, 2005/10/0219, zfhr 2009, 30
- *Novak*, Fachhochschulen und ihre Organe – Einrichtung, Rechtsstellung, Kompetenzen (2000) [Organe]
- *Novak*, Ministerielle Aufsichtskompetenz und Ersatzvornahme, zfhr 2011, 231
- *Novak*, Rechtsfragen zur Studienbeitragspflicht an Universitäten, zfhr 2009, 101
- *Obwexer*, Unionsrechtliche Rahmenbedingungen für die Anerkennung akademischer Grade, zfhr 2016, 1
- *Öhlinger/Eberhard*, Verfassungsrecht<sup>11</sup> (2016) [Verfassungsrecht]
- *Perthold-Stoitzner* in *Mayer*, UG<sup>2.03</sup> § 90 UG (Stand 1.9.2014, rdb.at)
- *Perthold-Stoitzner*, "Dasselbe Studium"?, Vielfalt und Gleichheit im Hochschulrecht, zfhr 2009, 45
- *Perthold-Stoitzner*, Akademische Grade in *Strasser* (Hg), Aktuelle Probleme des Hochschulrechts (1991), 95
- *Perthold-Stoitzner*, Haftung für geringes Lehrveranstaltungsangebot, zfhr 2010, 172
- *Perthold-Stoitzner*, Hochschulrecht im Strukturwandel, Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Konsequenzen der Öffnung des tertiären Bildungssektors in Österreich (2012) [Strukturwandel]
- *Perthold-Stoitzner*, Rechte und Pflichten Studierender in *Prisching/Lenz/Hauser* (Hg), Die (Rechts-)Stellung von StudentInnen in Österreich (2007) 33
- *Perthold-Stoitzner*, Unbestimmt trotz möglicher verfassungskonformer Interpretation?, in Gedenkschrift Robert Walter (2013) 575
- *Perthold-Stoitzner*, Universitätsgesetz 2002<sup>3</sup> (2014) [Universitätsgesetz]
- *Pithan*, Die Richtlinie 2005/36/EG, Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Europäischen Union, Diss, (2008) [Anerkennung]
- *Puppe*, Kleine Schule des juristischen Denkens<sup>3</sup> (2014) [Juristisches Denken]



- *Raschauer*, Allgemeines Verwaltungsrecht<sup>5</sup> (2016) [Verwaltungsrecht]
- *Ring*, Amtshaftung für Verlängerung der Studienzeit, zfhr 2013, 136
- *Schwamberger/Biechl*, GuKG, Gesundheits- und Krankenpflegegesetz<sup>7</sup> (2014) [GuKG]
- *Schweighofer/Butschek*, Fachhochschule im Spannungsverhältnis zwischen Erhalterrechten und Kollegiumsautonomie, Auslegungsfragen des FHStG und des GmbHG unter besonderer Berücksichtigung von Rechtsstellung und Aufgaben des Fachhochschulkollegiums, zfhr 2007, 135
- *Seelmann*, Zur privatrechtlichen Natur einer Fachhochschule, oder: wozu ein Ausbildungsvertrag? (Teil I), N@HZ 2014, 13
- *Seelmann*, Zur privatrechtlichen Natur einer Fachhochschule, oder: wozu ein Ausbildungsvertrag? (Teil II), N@HZ 2014, 51
- *Standeker/Streit/Pressinger-Buchsbaum*, Schadenersatz Studierender gegen die Universität wegen unzureichenden Lehrveranstaltungsangebots?, zfhr 2008, 21
- *Thienel/Schulev-Steindl*, Verwaltungsverfahren<sup>5</sup> (2009) [Verwaltungsverfahren]
- *Thienel/Zeleny*, Verwaltungsverfahren<sup>20</sup> (2017) [Verwaltungsverfahren]
- *Ulrich*, Amtshaftung für Studienverzögerung, Zak 2013, 423
- *Wadsack-Köchl*, Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse aus aktueller Sicht, in: SpringerRecht das Fachportal für Juristen [http://www.jusportal.at/erkennung-auslandischer-hochschulabschlusse-aus-aktueller-sicht\\_ingrid-wadsack-kochl/](http://www.jusportal.at/erkennung-auslandischer-hochschulabschlusse-aus-aktueller-sicht_ingrid-wadsack-kochl/) (2012)
- *Walzel von Wiesentreu*, Urteilsanmerkung zu VfGH 02.10.2003, G 121 /03 ua, VfSlg 16.995/2003, ÖZW 2004, 127
- *Weiss/Lust*, GuKG, Gesundheits- und Krankenpflegegesetz<sup>8</sup>, samt ausführlichen Erläuterungen (2017) [GuKG]
- *Zaglmayr*, Anerkennung von Gesundheitsberufen in Europa (2016) [Gesundheitsberufe]
- *Zippelius*, Juristische Methodenlehre<sup>11</sup> (2012) [Methodenlehre]